

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Dr. Liesel Hartenstein MdB zieht eine Öko-Bilanz des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages nach sechsmonatiger Tätigkeit: Pro Natur oder pro Industrie?

Seite 1

Dr. Dietrich Sperling MdB kommentiert Widersprüche zwischen Bauminister Schneider und dem Kanzleramt: Die einfache Sicht der Dinge.

Seite 3

Wolfgang Zeisig setzt sich mit der Ausrichtung des Unions-Wahlkampfes auseinander: Auf der Jagd nach selbsterfundene Gespenstern.

Seite 4

### Dokumentation

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve hat an die Ministerpräsidenten der Länder appelliert, am 19. Dezember im Bundesrat gegen den Zensur-Paragraphen 130 a zu stimmen. Wortlaut seines Schreibens

Seite 6

41. Jahrgang / 242

18. Dezember 1986

Die Öko-Wende fand nicht statt

Eine Halbjahresbilanz des Umweltausschusses

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB  
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

Noch vor der Sommerpause, am 26. Juni 1986, konstituierte sich der auf Antrag der SPD-Fraktion neugeschaffene Umweltausschuß des Deutschen Bundestages. Er übernahm, insbesondere vom Innen- und Landwirtschaftsausschuß, eine umfangreiche und gewichtige Erbschaft unerledigter Vorlagen: für 63 Anträge, Gesetzentwürfe, Berichte et cetera erhielt der Umweltausschuß die Federführung, für eine Reihe weiterer die Mitberatung. Annähernd ein halbes Dutzend Sondersitzungen wurden gleich programmiert, einschließlich vier ganztägigen Anhörungen.

Ohne Fleiß kein Preis - auch kein Umweltpreis! Für Natur und Umwelt hat sich der nachweisliche Fleiß nicht ausgezahlt. Wer gehofft hatte, daß das neue Umweltressort unter Minister Wallmann zusammen mit dem neuen parlamentarischen Gremium auch einen neuen Push pro Umwelt bringen würde, sieht sich getäuscht. Die Öko-Wende fand nicht statt.

CDU/CSU und FDP verfahren auch im neuen Ausschuß nach dem gleichen umweltpolitischen Strickmuster wie in den vorangegangenen drei Jahren. Es lautet: Ausklammern, Aufweichen, Ausweichen!

### Beispiel Bundesnaturschutzgesetz

Die von der SPD beantragte Aufnahme der Verbandsklage - ein Hauptanliegen aller großen Umweltverbände - wird abgeschmettert. Die Landwirtschaftsklausel wird nicht geändert. Landwirtschaft ist danach - auch wenn sie Böden und Grundwasser durch massenweises Einbringen von Phosphaten, Nitraten und Pestiziden verseucht - „nicht als Eingriff in die Natur“ anzusehen. Die Artenschutzregelung bremst den Artentod nicht. In Paragraph 1 werden zwei Wörtchen gestrichen, nämlich die, daß Natur und Landschaft nicht nur als Lebensgrundlage des Menschen, sondern auch

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kreisfreies Umweltsymbol  
aus dem ersten Ratifizierten  
Kreisläufer



„an sich“ schützenswert seien. Wie sagte doch der Bundespräsident am 4. Oktober 1986: „Nur wenn wir die Natur um ihrer selbst willen schützen, wird sie uns erlauben zu leben.“

Fazit: die Regierungsmehrheit hat alle lösungsbedürftigen Probleme ausgeklammert und ist vor der Naturnutzungs-Lobby jedweder Art auf die Knie gegangen.

#### Beispiel Abwasserabgabengesetz

Die Abwasserabgabe wird nicht erhöht, sondern bleibt auf dem 1976 beschlossenen Stand von DM 40 pro Kubikmeter. Ammonium und Phosphor werden nicht in die Abgaberegelung einbezogen. Ergebnis: viele Einleitungen von schadstoffhaltigen Abwässern bleiben legal - und billig! Die Konsequenzen aus der Rheinverschmutzung gehen in der trüben Giftbrühe dieses Weichmachergesetzes buchstäblich unter. Bundesumweltminister Wallmann in Richtung Chemie: „Es muß mehr gemacht werden. Und wenn wir das über freiwillige Vereinbarungen nicht erreichen, wird es über Gebote und Verbote geregelt werden.“ Werden unsere Flüsse und Seen diesen Zeitpunkt noch erleben?

#### Beispiel Abfallgesetz

Das erste Gesetz, das der neue Umweltminister im Juni des Jahres absegnete. Alle Waffen, die die Regierungsvorlage zur Eindämmung der Abfallmengen, insbesondere der Einwegverpackungen, noch enthielt, wurden stumpf gemacht. Die Lex Aldi, vom Bundesrat gefordert, wurde von der Koalition gestrichen. Als Folge dieses Umfalls vor der Verpackungslobby werden die Müllberge weiter anwachsen, bei Zusammenbruch des Mehrwegsystems um 20 bis 25 Prozent.

Wer nicht den Mut hat, den Primat der Politik vor den Wirtschaftsinteressen durchzusetzen, kann unsere Umwelt nicht retten. Die Ökobilanz dieser Regierung steht im krassen Mißverhältnis zu der wachsenden Umweltnot.

Das von der SPD eingebrachte Konzept zur Altlastensanierung wurde am 28. Oktober abgelehnt. 15 bis 50 Milliarden DM werden innerhalb der nächsten 15 Jahre erforderlich sein, um die Sünden einer bedenkenlosen Industrialisierung aufzuarbeiten. Die Industrie, voran die Chemie, sollte einen Entgiftungsbeitrag dazu leisten.

Die Einrichtung eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“, das unter anderem zur Behebung ökologischer Notstände dienen sollte, wurde abgelehnt. Seit nahezu zwei Jahren weigert sich die Bundesregierung, die Große Anfrage der SPD „Volkswirtschaftliche Verluste durch Luftverschmutzung“ zu beantworten. Inzwischen haben die Kosten der Umweltzerstörung die 100 Milliarden-Grenze pro Jahr überschritten.

In einem wahren Husarenritt hat die Ausschlußmehrheit während der letzten Sitzungen Dutzende von Oppositionsvorlagen niedergetrampelt, zum Beispiel zur energischeren Verminderung der Schadstoffe aus dem Straßenverkehr, sowohl bei PKW's als auch bei LKW's und Bussen. Die Koalition legte keine einzige Initiative in Sachen Waldsterben auf den Tisch. Obwohl sich, laut Regierungsbericht, die Waldschäden „auf hohem Niveau stabilisieren“ (54 Prozent).

Wir brauchen dringend:

- eine Chemiewende, die hochgiftige Stoffe verbietet und die Entwicklung von Ersatzstoffen fördert;
- eine Novellierung des Chemikaliengesetzes mit Prioritätenkatalog zur Aufarbeitung der 90.000 Altstoffe;
- eine gut ausgebildete und ausgerüstete Öko-Polizei, um die Umweltsünder dingfest machen zu können;
- eine drastische Erhöhung des Strafmaßes für Umweltkriminalität;
- die Umkehr der Beweislast;
- eine ökologische Steuerreform, die generell umweltfreundliche Produkte und Produktionsverfahren begünstigt (zum Beispiel auch die Herstellung von Recyclingpapier) und umweltschädliche verteuert;
- eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Politik muß klare Vorgaben machen. Gefragt ist Handeln statt Verhandeln.

(-/18.12.1986/rs/ks)

Verantwortlich  
mit wachsender Verantwortung  
für die Zukunft



Die einfache Sicht der Dinge

Zu Widersprüchen zwischen Bauminister Schneider und dem Kanzleramt

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Vorlagen, die Bauminister Schneider als öffentliche Erklärungen verbreiten läßt, sind gelegentlich erfreulich sachlich und präzise.

So liest man mit Genugtuung:

„Insbesondere für den Wohnungsbau wird nach Ansicht des Ministers die mittelfristige Entwicklung zu pessimistisch eingeschätzt.“

Die Leerstände, sagt der Minister, seien „kein allgemeines Problem des Wohnungsmarkts“. Sie seien „vor allem ein Zeichen für nicht angemessene, zu hohe Preise“. Es sei außerdem falsch, aus der demographischen Entwicklung, sprich dem Bevölkerungsrückgang, „auf einen entsprechenden Rückgang der Wohnungsnachfrage zu schließen“.

Ich halte diese Analyse des Ministers für richtig. Doch leider ist es nicht die seiner Regierung.

Des Kanzlers Schäuble, vereinfacht in der Manier seines Chefs:

„Während manche noch immer eine Fortführung möglichst flächendeckender Wohnungsbauförderung für unverzichtbar halten, haben wir schon Halden leerstehender Wohnungen - kein Wunder bei rückläufiger Bevölkerungszahl.“

So einfach ist das, wenn man genug vereinfacht. Leider handelt die Regierung aber auch danach.

(-/18.12.1986/rs/ks)

Auf der Jagd nach selbsterfundenen Gespenstern

Anmerkungen zur Ausrichtung des Unions-Wahlkampfes

Von Wolfgang Zeisig  
Referent der SPD-Bundestagsfraktion

Vor einigen Jahren hat Kurt Biedenkopf die folgenschwere Entdeckung gemacht, daß man Worte als Kampfmittel statt zum Zweck der Verständigung und der Kommunikation gebrauchen kann. Auf diese Entdeckung folgte die Gründung der Abteilung „Semantik“ beim Parteivorstand der CDU. Semantik heißt eigentlich Bedeutungslehre, eine Wissenschaft, die sich mit der Entwicklung von Wortbedeutungen befaßt. Der CDU geht es aber nicht um Wortbedeutungen für die Verständigung, sondern um den Gefühlswert von Begriffen. Man kann durch Befragungen und Tests feststellen, wie ein bestimmtes Wort bei der Bevölkerung „ankommt“, welche Gefühlsreaktionen es auslöst. Aufgrund solcher Erhebungen wird dann die Besetzung positiv empfundener Worte durch die eigene Partei und die Verbindung der anderen Parteien mit negativ empfundenen Worten betrieben.

An der Spitze der Worte, die positive Gefühle auslösen, steht die Freiheit. Niemand würde Unfreiheit der Freiheit vorziehen, auch wenn fast jeder bei dem Wort Freiheit etwas anderes denken mag.

Aus diesem Grund versuchen die Unionsparteien sich seit Jahren begrifflich als Partei der Freiheit hinzustellen. Früher hieß der CDU/CSU-Wahlslogan „Freiheit statt Sozialismus“, heute „Zukunft statt Rot-Grün“. Das Wort „Zukunft“ steht dabei - wie sich aus den Erläuterungen von Heiner Geißler ergibt - wieder für „Freiheit“ und außerdem für „Sicherheit“.

Es ist grotesk, wie die CDU Schreckgespenster begrifflich erfindet und sie dann selbst jagt. Sie verschwinden aus der politischen Landschaft, sobald die CDU/CSU darin keinen wahltaktischen Nutzen mehr sieht. Beispiel: Seitdem die CDU/CSU regiert, ist von „Entbürokratisierung“ nur noch in Fach- und Wirtschaftskreisen die Rede. Ansonsten sind die Themen „Bürokratie“, „Verbürokratisierung der Gesellschaft“, „Gesetzesflut“ aus der öffentlichen Diskussion genommen worden.

Heiner Geißler 1978:

„So wie Verbürokratisierung alle Bereiche der Gesellschaft erfaßt und tief in das tägliche Leben der Menschen eindringt, so kann und muß eine Entbürokratisierung zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger beitragen. Die Menschen fühlen sich immer mehr gegängelt, bevormundet und in ihrer Freiheit eingeschränkt. Die Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft erstickt in bürokratischen Fesseln. Die zunehmende Bürokratisierung ist eine jener Gefahren, denen sich eine verantwortliche Politik stellen muß, wenn sie dem Bürger gegenüber glaubwürdig bleiben will...“

Heiner Geißler 1979:

„Täglich neue Gesetze, Erlasse, Verfügungen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen ersticken die freien Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen ... Regelungen im Steuer- und Sozialsystem, die jedem Einzelfall gerecht werden sollen, führen insgesamt zu einem unübersichtlichen System, in dem der einzelne sich nicht zurecht findet und dessen Vorteile ihn nicht erreichen ... Entbürokratisierung und Vereinfachung des Systems aus Steuern und staatlicher Unterstützung: So lautet das Gebot der sozialen Gerechtigkeit ... Mit unserer Strategie



gegen die Bürokratisierung wollen wir wieder jene Dynamik in Wirtschaft und Gesellschaft freisetzen, die die Voraussetzung ist auch für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit."

In der Opposition versuchte die CDU/CSU damit zwischen der damaligen Bundesregierung und der Bevölkerung eine Distanz zu schaffen, indem sie die Regierung mit „Bürokratie“ identifizierte. Denn der Begriff Bürokratie ist gefühlsmäßig negativ besetzt. Nach dem Wechsel in die Regierungsverantwortung haben sich zwar die kritisierten Verhältnisse nicht geändert, jedoch ist der Zweck der Bürokratiediskussion für die CDU/CSU entfallen. Deshalb redet heute auf Regierungsseite nur noch der Parlamentarische Staatssekretär Horst Waffenschmidt zuständigkeitshalber über dieses Thema, es gehört aber nicht mehr zum semantischen Waffenarsenal im Wahlkampf der Unionsparteien.

Selbstverständlich konnte die Kohl-Regierung die mit der Bürokratiediskussion geweckten Erwartungen nicht erfüllen. Im Gegenteil: Der Bundestag verabschiedete in der 10. Wahlperiode 320 neue Gesetze, damit ist die „Gesetzesflut“ gewachsen. Zudem läßt sich feststellen, daß die Kohl-Regierung eine Reihe äußerst komplizierter Gesetzesvorschriften geschaffen hat, die zum Anwachsen von Bürokratie beitragen. Als typisches Beispiel ist der Kinder-Lasten-Ausgleich zu nennen, der aufgrund von verschiedenen, systemlos ineinander verzahnten steuer- und sozialrechtlichen Komponenten Bürger und Verwaltung in Schwierigkeiten bringt. Letztlich ist es darüber hinaus nur der Unübersichtlichkeit der Gesetze für den Bürger zu verdanken, daß der Umverteilungseffekt solcher Regelungen nicht ohne weiteres zu erkennen ist. Das früher von Heiner Geißler beklagte „unübersichtliche System“ kommt der CDU/CSU-Regierung zustatten, ja es wird bewußt genutzt. Die CDU/CSU ist damit zur eigentlichen Partei der Bürokratie geworden.

Wie grotesk im übrigen die Warnungen der CDU/CSU vor „Rot/Grün“ sind, wird deutlich, wenn man sie mit früheren ähnlichen Wahlkampfäußerungen vergleicht. So erklärte Helmut Kohl beispielsweise 1977 die CDU/CSU zur einzigen politischen Kraft, die die „freiheitliche Alternative zum Bündnis von SPD und FDP“ darstelle (CDU/CSU-Pressedienst vom 11. Februar 1977). Nachdem aber die FDP aus der Koalition mit der SPD ausgeschieden ist, wird sie vor allem von Strauß deswegen getadelt, weil sie an gemeinsamen freiheitlichen Positionen der früheren Koalition nach wie vor festhalte.

All diese Versuche der CDU/CSU-Führung, die Bevölkerung mit Semantik - das heißt leeren Worten - zu gängeln und zu beeinflussen, weisen ein beträchtliches Maß an Menschenverachtung und Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie auf. Es ist schon als zynisch zu bezeichnen, wie diese Regierung über optimistische Zukunftsgestaltung redet, unser Volk jedoch in zentralen Lebensfragen im Stich läßt. Diese Bundesregierung nutzt nicht die Möglichkeiten und Fähigkeiten unseres Staates zum Handeln, sondern ist untätig. Unser Staat kann mehr leisten als diese Regierung ihm zutraut. Unser Volk kann von einer Regierung mehr erwarten. (-/18.12.1986/rs/ks)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**

**Freimut Duve: Verfassungswidrige Tendenz zur Zensur**

Der durch den Bundestag gepeitschte Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Terrorismus steht am 19. Dezember im Bundesrat auf der Tagesordnung. In einem Eilbrief an die Ministerpräsidenten der Länder warnt der SPD-Abgeordnete Freimut Duve, Obmann der Arbeitsgruppe „Kunst und Kultur“ der SPD-Fraktion vor den Gefahren des in diesem Gesetzentwurf enthaltenen Paragraphen 130 a, „der eine dramatische Bedrohung der Freiheit von Kunst und Literatur darstellt“. Das Schreiben von Freimut Duve hat folgenden Wortlaut.

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

nach der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sind die Länder Träger der Kulturhoheit in unserem Staat.

Am Freitag, dem 19. Dezember dieses Jahres, liegt dem Bundesrat der im Eilverfahren eingebrachte Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Terrorismus vor. Belange der kulturellen Freiheit sind berührt durch die beabsichtigte Einfügung der Vorschrift des Paragraphen 130 a.

Wie Sie wissen, haben sich dazu inzwischen der Börsenverein des deutschen Buchhandels und das PEN-Zentrum geäußert und in sehr eindringlicher Form an den Gesetzgeber appelliert, von dieser Vorschrift abzusehen.

Sie ist geeignet, ganz wesentliche Merkmale der kulturellen Freiheit, wozu auch der ungehinderte Verkauf künstlerischer und literarischer Produktionen gehört, zu beschneiden. Die sehr schwammigen und unbestimmten Formulierungen dieser Vorschrift drohen, die Freiheit von Kunst und Kultur zu verletzen. Es besteht die Gefahr, daß eine verfassungswidrige Tendenz zur Zensur auf allen Ebenen der Strafverfolgungsbehörden, aber auch bereits bei den Vertreibern von literarischen und künstlerischen Produktionen entsteht.

Das PEN-Zentrum hat von einer verfassungswidrigen Zensur- und Überwachungswirkung gegen die Literatur gesprochen. Ich schließe mich dieser Warnung an. Besonders Buchhändler geraten in eine unerträgliche Situation, sie müssen künftig nach Einführung dieser Gesetzesvorschrift selber überprüfen, was nach ihrer Meinung der Käufer eines Buches wohl damit beabsichtigt. Ihnen wird also abverlangt, unter den Interessenten an einer literarischen Schrift oder an einem Sachbuch herauszufinden, ob der oder die Betreffende mit einer (welcher?) bestimmten Textpassage eine bestimmte Absicht (welche?) verfolgen könnte oder nicht.

Hier wird leichtfertig mit dem Wesensgehalt des Artikel 5 des Grundgesetzes umgegangen, dem Kernstück eben jener Verfassung, die von Terroristen bekämpft wird.

Publizisten, Schriftsteller und alle mit künstlerischen und literarischen Produkten arbeitenden Branchen sind sich darüber einig:

- Durch diese gesetzliche Vorschrift wird kein einziger Terrorist gefaßt,
- wird die Entfaltung terroristischer Energie nicht eingedämmt,
- wohl aber gerät die literarische und künstlerische Freiheit auf bedenkliche Weise in die Netze staatlicher Verfolgungsbehörden.

Mit der Kulturhoheit der Länder tragen Sie auch Verantwortung für den Kernbestand unserer Verfassung.

Ich fordere Sie auf, bei der Sitzung im Bundesrat dieser Vorschrift nicht zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Freimut Duve“.

(-/18.12.1986/rs/ks)

\* \* \*